

Wie DDR-Bürgerbewegungen von der Staatssicherheit „begleitet“ wurden

Die IM und die IFM — Tragikomisches aus Leipzig

Seltsame Kunde geisterte jüngst durch Ostdeutschland. Sage und schreibe sieben von zehn Oppositionellen der „Initiative Frieden und Menschenrechte“ (IFM) in der DDR sollen nicht oppositionell, sondern brave Ohren gewesen sein.

In der Heldenhochburg Leipzig waren die offiziellen Lauscher zu 45 Prozent vertreten, ermittelte man intern. Dennoch weist der Landesgeschäftsführer der sächsischen IFM die Geschichte ins Reich der Märchen. Für Oliver Kloß ist sie „politisches Kalkül, unsere immer noch kritische Initiative anzuschwärzen“. Seine Gruppe mache sich gegenwärtig mit einem Bildungswerk, der Beratung von Kriegsdienstverweigerern und in sozial-politischen Fragen stark.

Der Hintergrund der in der Zeitung vermeldeten IM-Statistik er-scheine eher simpel. Die genannten Zahlen schließen ausnahmslos alle Teilnehmer der IFM-Treffen in der DDR ein. Darunter jene grauen Mäuse, so Kloß, „die nur ein- oder zweimal vorbeischauten, gut zuhören, an Diskussionen interes-

siert waren und nie wieder auftauchten.“ Die Leipziger waren gewappnet: „Die wichtigen Sachen verlagerten wir — für die ‚Gäste‘ blieben die Streitgruppen.“

Weitere Hintergründe der fürsorglichen, fast liebevollen Betreuung der IFM durch die Staatssicherheit weiß der Leipziger Aktivist Thomas Rudolph — dreimal inhaftiert — zu berichten. Der damalige Sprecher im Arbeitskreis „Gerechtigkeit“ (einer der beiden Leipziger IFM-Vorläufer), lag den Stasi-Mitarbeitern seit 1987 sehr am Herzen: Sie sollten ihn zurück auf den rechten Pfad bringen oder „unschädlich“ machen. Da mußten alle Hebel, Wanzen und IM in Bewegung gesetzt werden. Unter den „Gerechtigkeit“-Mitgliedern war die angestrebte Durchdringung leichter untererfüllt worden — nur drei von 47. Davon nur einer im siebenköpfigen Sprecherkreis der Menschenrechtsgruppe.

Der „OV (Operative Vorgang) Juris“ formte das Schreckensbild des „Republik-Feindes“ Rudolph. Der Jahresplan(!) 1989 der Abteilung XX (Gesellschaftlicher Überbau)

der MfS-Bezirksverwaltung Leipzig weist sachdienlich-konkret an: „...erfolgt im I. Halbjahr 1989 weiterhin die abgestimmte und konzentrierte Bearbeitung des OV ‚Juris‘...“ Verwiesen wird auf die Paragraphen 99, 106, 107 des Straßengesetzbuches — landesverräterische Nachrichtenübermittlung, staatsfeindliche Hetze und staatsfeindlicher Zusammenschluß.

Die unermüdliche Informationsanhäufung hatte nur ein Manko: Die Urteile waren politische Entscheidungen. Das Politbüro höchstselbst entschied über Missetäter und legte die Höhe der Strafe fest, sagt Thomas Rudolph. Die erschnüffelten Daten „waren als, Be-weise‘ nicht mal Nebensache!“

Mißachtung — und das gleich doppelt — widerfuhr auch den folgenden Ermittlern: Regelmäßig und stets auf die Minute kamen vier Spitzel in trauter Runde zusammen. Sie verkörperten im Frühjahr ’89 die überregionale AG Wirtschaft der IFM. Unabhängig voneinander hatte der Führungssofizier die Ahnungslosen instruiert. Hauptaufgabe: Jegliche Arbeit

blockieren! „Die lieferten dann treu und brav ihre Berichte über die jeweils anderen IM ab.“

Über die Sammelleidenschaft der Stasi, „die sich zum Wahnwitz steigerte“, kann der 28jährige Rudolph, inzwischen Mitarbeiter der Fraktion Bündnis 90 im Dresdner Landtag, immerhin noch lachen. „Bei einer Beratung paßten zwei ganz genau auf, wer welche Kippe im Ascher ausdrückte. Als sie sich unbeobachtet fühlten, stürzten sie sich wie die Geier drauf.“ Das MfS wollte Speichelproben und Blutgruppen „sichern“. Dazu der erwähnte Jahresplan auf Seite 34: „Erarbeitung einer Übersicht über bereits vorhandene Geruchsspuren von Exponenten der PUT (politische Untergrundtätigkeit)... sowie fortlaufende Beschaffung noch nicht gesicherter Geruchsspuren“ und „Maßnahmen zur Beschaffung von Spuren zur Blutgruppenbestimmung“. Termin: 30. März 1989. Bei der Stasi-Auflösung stieß das Bürgerkomitee übrigens auf die Geruchskonserven sämtlicher Leipziger Oppositioneller.

THOMAS DORNHECK